

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2006 — 4138

[C – 2006/33088]

13. JULI 2006 — Erlass der Regierung über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 1998, vom 23. Oktober 2000, 7. Januar 2002, 18. März 2002, 3. Februar 2003, 16. Dezember 2003 und vom 17. Mai 2004;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 1998 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 8. Februar 2006;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 6. Februar 2006;

Auf Grund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung vom 26. November 2004;

Auf Grund des Gutachtens des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung vom 16. Dezember 2005;

Auf Grund des Gutachtens 40.375/1 des Staatsrates, das am 18. Mai 2006 in Anwendung von Artikel 84, § 1, Absatz 1, 1° der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — Begriffsbestimmung

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung
2. Dienst für Wohnressourcen: ein von der Dienststelle anerkannter Dienst für die Erschließung, Auswahl und Begleitung von Wohnressourcen
3. Wohnressource: eine natürliche Person, die im Rahmen eines Vertrages mit dem Dienst für Wohnressourcen die Begleitung, Unterstützung und/oder Unterkunft eines Nutznießers sowie die Förderung dessen Selbstständigkeit und die Integration in die Gesellschaft gewährleistet.
4. Nutznießer: Person unter 65 Jahre, die geistig und / oder körperlich behindert ist, die bei der Dienststelle eingetragen ist und die weder mit der Wohnressource noch mit der Person mit der die Wohnressource als zusammenlebend betrachtet wird, im ersten Grad verwandt ist.

KAPITEL II — Anerkennung und Bezuschussung der Dienste für Wohnressourcen

Art. 2 - § 1 - Um als Dienst für Wohnressourcen tätig zu sein, muss der Dienst zuvor von der Dienststelle anerkannt werden.

§ 2 - Folgende Bedingungen müssen zur Anerkennung als Dienst für Wohnressourcen erfüllt sein:

1. unter der Trägerschaft einer V.o.G. stehen;
2. Arbeitgeber von Personal sein, die die erforderlichen sozial-pädagogische Kompetenzen vorweisen (u.a. in der Qualifizierung und der Zusammensetzung der Mitarbeiter des Dienstes);
3. die Wohnressourcen und die Personen mit Behinderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in deutscher Sprache zu begleiten;
4. an allen Tagen erreichbar sein;
5. eine enge Zusammenarbeit mit anderen Diensten im Behindertenbereich gewährleisten;
6. inhaltlich nach den Zielvorgaben des «Leitfaden zur Beratung» der Dienststelle arbeiten;
7. die Erfüllung aller steuer- und sozialrechtlichen Pflichten nachweisen können;
8. gegen das Berufsrisiko und die zivilrechtliche Haftbarkeit abgesichert sein.

§ 3 - Um anerkannt zu werden, reicht der Antragsteller einen schriftlichen Antrag bei der Dienststelle ein.

Dem Antrag müssen folgende Unterlagen beigelegt sein:

- Aufstellung des Personals mit Angaben zu den Qualifikationen
- Satzungen der V.o.G.
- das Einzugsgebiet
- Konzept zur Auswahl und Begleitung der Wohnressourcen

§ 4 - Die Dienststelle schließt bei positiver Begutachtung des Antrags eine Konvention mit dem Antragsteller ab. Der Antragsteller gilt für die Dauer der Konvention als anerkannt als Dienst für Wohnressourcen. In der Konvention werden die Rechte und Pflichten der Vertragspartner, die Höhe und die Modalitäten der Bezuschussung sowie die Kündigungsmodalitäten festgehalten.

Bei Auslaufen der Konvention sowie bei einer frühzeitigen Beendigung der Konvention durch Kündigung endet die Anerkennung.

§ 5 - Die Dienststelle kann ebenfalls die Dienstleistungen eines Dienstes für Wohnressourcen anbieten und gilt in diesem Fall von Rechts wegen als anerkannt.

Art. 3 - Die anerkannten Dienste für Wohnressourcen können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Zuschuss für die annehmbaren Kosten, nach Abzug der in Artikel 12 vorliegenden Erlasses erwähnten Eigenbeteiligung, bei der Dienststelle beantragen. Die Modalitäten und die Höhe des Zuschusses werden gemäß Artikel 2, § 4 festgelegt.

KAPITEL III — Aufgaben und Auswahl der Wohnressourcen

Abschnitt I — Aufgaben der Wohnressource

Art. 4 - § 1 - Die Wohnressource hat allgemein als Aufgabe, den Nutznießer zu begleiten, ihn bei den Verrichtungen des täglichen Lebens zu unterstützen und/oder Unterkunft zu gewähren sowie seine Selbstständigkeit und Integration in die Gesellschaft zu fördern.

Darüber hinaus hat die Wohnressource je nach Art folgende Aufgaben:

1. die einfache Wohnressource: sie begleitet zeitgleich bis zu zwei Nutznießer und lebt mit ihnen in ein und derselben Wohnung.
2. die erweiterte Wohnressource: sie begleitet zeitgleich mindestens 3 und höchstens 4 Nutznießer und lebt mit ihnen in ein und derselben Wohnung.
3. die externe Wohnressource: sie begleitet zeitgleich bis zu 8 Nutznießer, die in ihrer eigenen Wohnung leben und alle Lebenshaltungskosten selbst tragen.

§ 2 - Die detaillierten Begleitaufgaben werden in einem Vertrag gemäß den Bestimmungen vorliegenden Erlasses zwischen der Wohnressource, dem Nutznießer und dem Dienst für Wohnressourcen festgelegt. Dieser Vertrag wird für eine Höchstdauer von einem Jahr abgeschlossen. Der Mustervertrag muss zuvor von der Dienststelle gebilligt werden.

Der Vertrag beinhaltet mindestens:

1. eine Beschreibung der Rechte und Pflichten aller Beteiligten;
2. die Bestätigung, dass die zur Auswahl einer Wohnressource erforderlichen Bedingungen erfüllt sind;
3. die Art der Wohnressource in Anwendung von § 1 vorliegenden Artikels;
4. die Begleitform in Anwendung von § 3 und § 4 vorliegenden Artikels;
5. die Begleitintensität in Anwendung von § 5 vorliegenden Artikels;
6. die individuellen Bedürfnisse des Nutznießers;
7. die Modalitäten des Umgangs mit dem in Artikel 5, § 2, des Erlasses der Regierung vom 21. Februar 1996 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung vorgesehenen Betrag, der dem Nutznießer zur freien Verfügung steht;
8. die Eigenbeteiligung des Nutznießers in Anwendung von Artikel 12 vorliegenden Erlasses;
9. die Begleitzeiten, die Begleitdauer, die Frequenz der Begleitung als auch die telefonische Erreichbarkeit der externen Wohnressource;
10. der Bestätigung des Nutznießers bei Beanspruchung einer externen Wohnressource, dass er eine Zivilhaftschutz- und eine Feuerversicherung abgeschlossen hat;
11. die Möglichkeit für jede Vertragspartei den Vertrag unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zu beenden oder einer fristlosen Kündigung im Falle eines schwerwiegenden Fehlers seitens der Wohnressource oder des Nutznießers;
12. bei Bedarf eine Probezeit die zwischen 3 und 6 Monaten betragen darf. Während dieser Probezeit kann der Vertrag von allen Parteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 7 Tagen beendet werden, unbeschadet der in Artikel 5, § 3, vorliegenden Erlasses erwähnten fristlosen Kündigung des Vertrages.

§ 3 - Es bestehen folgende zwei Begleitformen für einen Nutznießer in einer einfachen oder erweiterten Wohnressource:

1. die vollzeitige Begleitform: diese Begleitung beinhaltet wöchentlich mindestens 5 entschädigte vollständige Begleiteinheiten und jährlich insgesamt 365 beziehungsweise 366 entschädigte Tage und ist nur Nutznießern ab 18 Jahren zugänglich. Um als vollständige Begleiteinheit zu gelten muss die Begleitung um 0 Uhr beginnen und um 24 Uhr enden.
2. die kurzzeitige Begleitform: jede Begleitung in einer einfachen oder erweiterten Wohnressource, die nicht als vollzeitige Begleitform definiert werden kann. Diese Begleitform ist auch Nutznießern unter 18 Jahren zugänglich. Ziel dieser Begleitform ist es ein Entlastungsangebot für Eltern und Angehörige zu schaffen, die eine Person mit einer Behinderung zu Hause begleiten, oder aber in Notsituationen eine Begleitung anzubieten. Diese Begleitform kann aus halben oder vollständigen Begleiteinheiten bestehen. Eine halbe Begleiteinheit umfasst eine Begleitung von mindestens 5 Stunden.

§ 4 Bei einer externen Wohnressource gilt der punktuelle Kontakt zum Nutznießer zu den im Vertrag festgelegten Zeiten als vollständige Begleiteinheit.

§ 5 - Die Begleitintensität definiert das Ausmaß der Begleitung, die eine Wohnressource einem Nutznießer aufgrund seines Begleitbedarfs gewährt. Der Begleitbedarf eines Nutznießers wird anhand von Evaluationsinstrumenten vom Dienst für Wohnressourcen ermittelt. Entsprechend der Ergebnisse der Evaluation des Begleitbedarfs wird dem Nutznießer eine von 5 möglichen Begleitkategorien zugeteilt. Die Evaluationsinstrumente sowie die Zuordnung zu den Begleitkategorien müssen zuvor von der Dienststelle genehmigt werden.

Abschnitt II — Auswahl der Wohnressource

Art. 5 - § 1 - Die Wohnressourcen werden durch den Dienst für Wohnressourcen auf Basis der in § 2 vorliegenden Artikels erwähnten Auswahlkriterien ausgewählt. Die Auswahl als Wohnressource für einen oder mehrere Nutznießer wird durch den Abschluss eines Vertrages zwischen der Wohnressource dem Dienst für Wohnressourcen bestätigt. In dem Vertrag werden die Rechte und Pflichten und die Kündigungsmodalitäten beider Vertragspartner aufgeführt. Der Vertrag wird für einen erneuerbaren Zeitraum von höchstens drei Jahren abgeschlossen. Der Mustervertrag muss zuvor von der Dienststelle gebilligt werden.

§ 2 - Um als Wohnressource ausgewählt zu werden, müssen folgende Grundbedingungen erfüllt sein:

1. das Mindestalter beträgt 21 Jahre;
2. das Leumundszeugnis muss von guter Führung sein;
3. die notwendigen zeitlichen und räumlichen Voraussetzungen, die für die Begleitung eines Nutznießers erforderlich sind, bieten;
4. die aktive und offene Teilnahme an Auswahlgesprächen mit dem Dienst für Wohnressourcen;
5. zwecks Umsetzung des mit einem Nutznießer ausgearbeiteten individuellen Dienstleistungsprogramms, die erforderliche Zusammenarbeit mit anderen Diensten und Einrichtungen garantieren;
6. die Teilnahme an Weiterbildungen;
7. das Konzept der Behindertenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sowie das pädagogische Konzept der Wohnressourcen kennen und einhalten;
8. den «Leitfaden zur Beratung» in der Begleitung von Nutznießern beachten;
9. die von der Dienststelle vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen einhalten;
10. eine Feuer- und Zivilhaftschutzversicherung abschließen, die alle zusätzlichen Risiken, die durch die Tätigkeiten einer Wohnressource entstehen, abdeckt;
11. den in § 1 vorliegenden Artikels erwähnten Vertrag unterzeichnen.

§ 3 - Wenn die ausgewählte Wohnressource die Bedingungen, die der Auswahl zugrunde liegen nicht mehr erfüllt oder ihr einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen nachgewiesen werden kann, kann der Dienst für Wohnressourcen die Zusammenarbeit mit der Wohnressource durch die fristlose Kündigung des in § 1 vorliegenden Artikels erwähnten Vertrages beenden. Bevor der Dienst für Wohnressourcen diese Entscheidung trifft, hat die Wohnressource das Recht, durch den Träger des betroffenen Dienstes für Wohnressourcen angehört zu werden.

KAPITEL IV — Finanzielle Bestimmungen

Abschnitt I — Pauschale Kostenentschädigung der Wohnressource

Art. 6 - § 1 - Die pauschale Kostenentschädigung dient zur Bestreitung der Kosten für den Unterhalt, die Erziehung, die Begleitung und die Ernährung eines Nutznießers.

§ 2 - Die Entschädigung entspricht für jede vollständige Begleiteinheit gemäß Artikel 4, § 3 und § 4 - vorliegenden Erlasses je nach Begleitkategorie und Art der Wohnressource folgenden Beträgen:

| Begleitkategorie: | Art der Wohnressource | | |
|-------------------|-----------------------|------------|---------|
| | Einfache | Erweiterte | Externe |
| 0 = Basissatz | 27,85 € | 38,75 € | 7,00 € |
| 1 | 30,21 € | 42,07 € | 7,00 € |
| 2 | 32,58 € | 45,34 € | 7,00 € |
| 3 | 35,99 € | 50,10 € | 7,00 € |
| 4 | 38,84 € | 54,07 € | 7,00 € |

§ 3 - Wenn bei einer vollzeitigen oder bei einer kurzzeitigen Begleitung die Begleitung mehrere aufeinander folgende Begleiteinheiten beinhaltet, wird die erste Einheit nicht entschädigt. Dies gilt auch, wenn die letzte Begleiteinheit gemäß Artikel 4, § 3, 1. vorliegenden Erlasses nicht vollständig ist.

§ 4 - Setzt sich die kurzzeitige Begleitung aus einer oder mehreren nicht aufeinander folgenden vollständigen Begleiteinheiten zusammen, werden diese entsprechend § 2 vorliegenden Artikels entschädigt. Handelt es sich um halbe Begleiteinheiten gemäß Artikel 4, § 3, 2. vorliegenden Erlasses werden die in § 2 vorgesehenen Entschädigungen jeweils halbiert.

§ 5 - Im Fall einer vollzeitigen Begleitung in einer einfachen oder erweiterten Wohnressource werden die in § 2 vorliegenden Artikels festgelegten Entschädigungen bei einer Tagesbeschäftigung des Nutznießers außerhalb der Wohnressource pauschal um folgende Beträge verringert:

1. 8,54 € bei einer Beschäftigung in einer Tagesstätte
2. 5,70 € bei einer anderen Beschäftigung

Art. 7 - § 1 - Höchstens 90 Abwesenheitstage des Nutznießers wegen Krankenhausaufenthalten werden ausschließlich für vollzeitig begleitete Nutznießer einer einfachen oder erweiterten Wohnressource entschädigt.

§ 2 - Als Bezugsperiode für die Berechnung der Entschädigung dieser Abwesenheitstage gilt das Kalenderjahr. Unvollständige Kalenderjahre werden proportional verrechnet.

§ 3 - Bis zu 15 dieser Abwesenheitstage wird der in Artikel 6, § 2 vorliegenden Erlasses festgelegte Basissatz gewährt.

Für weitere 15 dieser Abwesenheitstage wird die Hälfte dieses Basissatzes gewährt.

Für weitere 60 dieser Abwesenheitstage wird ein Fünftel dieses Basissatzes gewährt.

§ 4 - Der Nutznießer trägt alle mit dem Krankenhausaufenthalt verbundenen Kosten selbst.

Art. 8 - § 1 - Jeder einfachen oder erweiterten Wohnressource, die während eines Kalenderjahres mindestens einen Nutznießer vollzeitig begleitet hat, werden für das darauf folgende Kalenderjahr pro geleisteten Monat des Vorjahres und vollzeitig begleiteten Nutznießer 2 Urlaubstage mit einem Maximum von 20 Urlaubstagen während der Woche jeweils von Montag bis Freitag ohne Nutznießer und 8 Urlaubstage an Wochenenden jeweils von Samstag bis Sonntag ohne Nutznießer gewährt. Für die Berechnung der Anzahl berechtigter Urlaubstage werden nur die Leistungen während eines vollständigen Monats berücksichtigt.

§ 2 - Die in Anwendung von § 1 vorliegenden Artikels beanspruchten 20 Urlaubstage werden mit dem in Artikel 6, § 2 vorliegenden Erlasses jeweils festgelegten Basissatz für jeden vollzeitig begleiteten Nutznießer entschädigt. Die in Anwendung von § 1 vorliegenden Artikels beanspruchten 8 Urlaubstage werden jeweils zur Hälfte dieses Basissatzes entschädigt.

§ 3 - Die Wohnressource, die mehrere Nutznießer begleitet, muss ihre in Anwendung von § 1 vorliegenden Artikels berechtigten Urlaubstage gleichzeitig nehmen.

§ 4 - Der Dienst für Wohnressourcen berechnet in Anwendung von § 1 vorliegenden Artikels die Anzahl berechtigter Urlaubstage jeder Wohnressource. Die entsprechende Urlaubsplanung erfolgt in Absprache mit dem Dienst für Wohnressourcen und muss von diesem vor Beanspruchung genehmigt werden.

Zusätzliche Urlaubstage an Wochentagen oder an Wochenenden ohne Nutznießer werden nicht entschädigt, müssen aber vor Beanspruchung ebenfalls vom Dienst für Wohnressourcen genehmigt werden.

§ 5 - An Urlaubstagen findet in der Wohnressource, die den Urlaub beansprucht, keine Begleitung statt.

Art. 9 - § 1 - Jede einfache oder erweiterte Wohnressource kann einen Urlaub von höchstens 20 Tagen pro Kalenderjahr mit dem Nutznießer organisieren.

§ 2 - Für jeden dieser Urlaubstage wird zusätzlich zu der in Artikel 6, § 2 erwähnten Entschädigung ein Kostenzuschlag von 10,34 € pro Begleiteinheit gewährt.

§ 3 - Jeder dieser Urlaubstage gilt in Anwendung von Artikel 4, § 3, 1. vorliegenden Erlasses als vollständige Begleiteinheit.

§ 4 - Dieser Urlaub kann nur nach vorheriger Absprache mit dem Dienst für Wohnressourcen und dessen Genehmigung erfolgen.

Art. 10 - § 1 - Für alle Abwesenheitstage aus anderen Gründen als die in Artikel 7 bis 9 vorliegenden Erlasses wird der einfachen oder erweiterten Wohnressource außer bei einem durch die Wohnressource verschuldeten Vertragsbruch oder bei Auszug des Nutznießers unbeschadet Artikel 11 eine Entschädigung gewährt, insofern diese Abwesenheitstage 96 Tage für ein vollständiges Kalenderjahr nicht übersteigen. Entschädigt werden diese Abwesenheitstage mit der Hälfte des in Artikel 6, § 2 vorliegenden Erlasses festgelegten Basissatzes.

Ist die Begleitperiode kürzer als ein Kalenderjahr, so werden die 96 berechtigten Abwesenheitstage proportional verringert.

§ 2 - Jeder zusätzliche Abwesenheitstag über die in § 1 vorliegenden Artikels festgelegten Abwesenheitstage hinaus geht zu Lasten des Nutznießers und wird von ihm an den Dienst für Wohnressourcen rückvergütet.

Art. 11 - Wenn eine seit mindestens einem Jahr zugelassene einfache oder erweiterte Wohnressource eine vollzeitige Begleitung eines Nutznießers während mindestens 6 Monaten gewährleistet hat, wird ihr außer bei Anwendung von Artikel 4, § 3 vorliegenden Erlasses während 30 Tagen nach dem Auszug des Nutznießers pro Tag ein Ausgleich von 50 % des in Artikel 6, § 2 vorliegenden Erlasses erwähnten Basissatzes gewährt.

Abschnitt II — Eigenbeteiligung des Nutznießers und Rückerstattung

Art. 12 - § 1 - Die Eigenbeteiligung des Nutznießers wird in Anwendung von Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 21. Februar 1996 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung festgelegt.

§ 2 - Der Nutznießer zahlt die Eigenbeteiligung an den Dienst für Wohnressourcen.

Art. 13 - Die Dienststelle legt die Bedingungen für die Rückerstattung von Gesundheitskosten des Nutznießers fest. Diese berücksichtigen sowohl die gesetzliche Selbstbeteiligung des Nutznießers an diesen Kosten als auch die Art und die Höhe der Gesundheitskosten.

Abschnitt III — Indexierung

Art. 14 - Alle im vorliegenden Erlass erwähnten Beträge werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. März 1977 zur Festlegung des Verfahrens zur Bindung gewisser öffentlicher Ausgaben an den Gesundheitsindex des Königreiches indexiert.

Der Angelindex basiert auf den Gesundheitsindex mit Basis 1996 = 100.

Die im vorliegenden Erlass erwähnten Beträge entsprechen dem Wert des Angelindex von 116,15 am 1. September 2005

KAPITEL V — Schlussbestimmungen

Art. 15 - Der Erlass der Regierung vom 5. Juni 1998 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen ist aufgehoben.

Art. 16 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2006 in Kraft.

Art. 17 - Der für Soziales zuständige Minister ist mit der Ausführung vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 13. Juli 2006.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,
Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus,
B. GENTGES

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2006 — 4138

[C - 2006/33088]

13 JUILLET 2006. — Arrêté du Gouvernement relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung" (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), modifié par les décrets des 29 juin 1998, 23 octobre 2000, 7 janvier 2002, 18 mars 2002, 3 février 2003, 16 décembre 2003 et 17 mai 2004;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 1998 relatif au placement de personnes handicapées dans des «ressources en logements» (Wohnressourcen);

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 8 février 2006;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 6 février 2006;

Sur la proposition du conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, formulée le 26 novembre 2004;

Vu l'avis du conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, donné le 16 décembre 2005;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 40.375/1, émis le 18 mai 2006 en application de l'article 84, § 1, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées;

2° service de ressources en logements : le service agréé par l'Office pour l'aménagement, la sélection et le suivi de ressources en logements;

3° ressource en logements : la personne physique qui, dans le cadre d'un contrat conclu avec le «service de ressources en logements», procure guidance, soutien et/ou logement à l'utilisateur et promeut son autonomie et son intégration sociale;

4° utilisateur : la personne de moins de 65 ans, handicapée mentale et/ou physique, inscrite auprès de l'Office et qui n'est apparentée au premier degré ni à la ressource en logements ni à la personne vivant sous le même toit que celle-ci.

CHAPITRE II. — Agréation et subventionnement des services de ressources en logements

Art. 2. § 1^{er}. Pour être actif en tant que service de ressources en logements, le service doit préalablement être agréé par l'Office.

§ 2. Pour être agréé comme service de ressources en logements, il faut remplir les conditions suivantes :

1° avoir pour pouvoir organisateur une a.s.b.l.;

2° employer du personnel possédant les compétences socio-pédagogiques requises (e.a. au niveau de la qualification et de la composition des collaborateurs du service);

3° encadrer, en Communauté germanophone, les ressources en logements et les personnes handicapées, et ce en langue allemande;

- 4° pouvoir être contacté chaque jour;
- 5° collaborer étroitement avec d'autres services actifs dans le domaine des personnes handicapées;
- 6° travailler, du point de vue du contenu, selon les objectifs énoncés par l'Office dans son guide «Leitfaden zur Beratung»;
- 7° être en mesure de prouver qu'il est satisfait à toutes les obligations fiscales et sociales;
- 8° être assuré contre le risque professionnel et en responsabilité civile.

§ 3. Pour être agréé, le demandeur introduit une demande écrite auprès de l'Office.

La demande doit être accompagnée des documents suivants :

- un listing du personnel avec indications relatives aux qualifications;
- les statuts de l'a.s.b.l.;
- la zone desservie;
- le concept de sélection et d'accompagnement des ressources en logements.

§ 4. Lorsqu'il est donné suite à la demande, l'Office conclut une convention avec le demandeur. Le demandeur est considéré, pour la durée de la convention, comme service de ressources en logements agréé. Les droits et devoirs des parties contractantes, le montant et les modalités du subventionnement ainsi que les modalités de résiliation sont fixés dans la convention.

L'agrément prend fin à l'expiration de la convention ainsi qu'en cas de résiliation anticipée de celle-ci.

§ 5. L'Office peut également offrir les prestations d'un service de ressources en logements et est, dans ce cas, considéré d'office comme étant agréé.

Art. 3. Les services de ressources en logements agréés peuvent, dans le cadre des crédits budgétaires disponibles, solliciter auprès de l'Office un subside pour les frais admissibles, après déduction de la participation personnelle visée à l'article 12 du présent arrêté. Les modalités de subventionnement et le montant du subside sont fixés conformément à l'article 2, § 4.

CHAPITRE III. — Missions et sélection des ressources en logements

Section 1^{er}. — Missions de la ressource en logements

Art. 4. § 1^{er}. La ressource en logements a généralement pour mission d'accompagner l'utilisateur, de l'aider dans les actes de la vie quotidienne et/ou de lui procurer un logement ainsi que de promouvoir son autonomie et son intégration sociale.

La ressource en logements assure en outre, selon sa nature, les missions suivantes :

- 1° la ressource en logements simple : elle encadre simultanément jusqu'à deux utilisateurs et vit avec eux dans un seul et même logement;
- 2° la ressource en logements élargie : elle encadre simultanément au moins 3 et au plus 4 utilisateurs et vit avec eux dans un seul et même logement;
- 3° la ressource en logements externe : elle encadre simultanément jusqu'à 8 utilisateurs, lesquels vivent dans leur propre logement et supportent eux-mêmes tous les frais quotidiens.

§ 2. Les missions d'encadrement détaillées sont fixées dans un contrat conclu entre la ressource en logements, l'utilisateur et le service de ressources en logements conformément aux dispositions du présent arrêté. Ce contrat est conclu pour une durée maximale d'un an. Le contrat-type doit préalablement être approuvé par l'Office.

Le contrat comprend au moins :

- 1° une description des droits et devoirs de toutes les parties;
- 2° la confirmation que les conditions requises pour sélectionner une ressource en logements sont remplies;
- 3° la nature de la ressource en logements, en application du § 1^{er} du présent article;
- 4° le type d'accompagnement, en application des §§ 3 et 4 du présent article;
- 5° l'intensité d'encadrement, en application du § 5 du présent article;
- 6° les besoins individuels de l'utilisateur;
- 7° les modalités d'utilisation du montant prévu à l'article 5, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 21 février 1996 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour handicapés, montant dont l'utilisateur peut disposer librement;
- 8° la participation personnelle de l'utilisateur, en application de l'article 12 du présent arrêté;
- 9° les périodes, la durée et la fréquence de l'accompagnement ainsi que les moments où la ressource en logements externe peut être contactée par téléphone;
- 10° la confirmation par l'utilisateur qui sollicite une ressource en logements externe qu'il a contracté une assurance en responsabilité civile et une assurance incendie;
- 11° la possibilité pour chaque partie contractante de résilier le contrat moyennant le respect d'un délai de préavis de 3 mois, ou de résiliation sans préavis en cas de faute grave dans le chef de la ressource en logements ou de l'utilisateur;

12° si nécessaire, une période d'essai pouvant durer de 3 à 6 mois. Durant cette période d'essai, toutes les parties peuvent résilier le contrat moyennant le respect d'un délai de préavis de 7 jours, sauf résiliation sans préavis du contrat, telle que visée à l'article 5, § 3, du présent arrêté.

§ 3. Les deux types d'accompagnement suivants s'offrent à l'utilisateur d'une ressource en logements simple ou élargie :

1° l'accompagnement à temps plein : ce type d'accompagnement comprend au moins 5 unités d'accompagnement complètes indemnisées par semaine et au total 365 ou 366 jours indemnisés par année et n'est accessible qu'aux utilisateurs âgés d'au moins 18 ans. Pour être considéré comme unité d'accompagnement complète, l'accompagnement doit débuter à 0.00 h et se terminer à 24h;

2° l'accompagnement de courte durée : tout accompagnement dans une ressource en logements simple ou élargie ne pouvant être défini comme accompagnement à temps plein. Ce type d'accompagnement est également accessible aux utilisateurs de moins de 18 ans. Il a pour but de soulager les parents et membres de la famille qui encadrent à domicile une personne handicapée ou encore de leur proposer un accompagnement en situation d'urgence. Ce type d'accompagnement peut être constitué de demi-unités ou d'unités complètes. Une demi-unité d'accompagnement consiste en un accompagnement d'au moins 5 heures.

§ 4. En ce qui concerne la ressource en logements externe, le contact ponctuel avec l'utilisateur aux périodes fixées dans le contrat est considéré comme unité complète d'accompagnement.

§ 5. L'intensité de l'accompagnement définit le degré d'accompagnement accordé par la ressource en logements à un utilisateur en fonction des besoins. Les besoins en accompagnement d'un utilisateur sont calculés par le service de ressources en logements au moyen d'instruments d'évaluation. En fonction des résultats de l'évaluation, l'utilisateur est classé dans l'une des cinq catégories d'accompagnement possibles. Les instruments d'évaluation ainsi que le classement en différentes catégories d'accompagnement doivent préalablement être approuvés par l'Office.

Section II. — Sélection de la ressource en logements

Art. 5. § 1^{er}. Les ressources en logements sont sélectionnées par le service de ressources en logements sur la base des critères de sélection mentionnés au § 2 du présent article. La sélection en tant que ressource en logements pour un ou plusieurs utilisateurs est confirmée par la conclusion d'un contrat entre la ressource en logements et le service de ressources en logements. Les droits et devoirs des deux parties ainsi que les modalités de résiliation sont énoncés dans le contrat. Celui-ci est conclu pour une période renouvelable de trois ans maximum. Le contrat-type doit préalablement être approuvé par l'Office.

§ 2. Pour être sélectionné comme ressource en logements, il faut remplir les conditions de base suivantes :

1° avoir 21 ans accomplis;

2° avoir un certificat de bonnes conduite, vie et moeurs;

3° offrir les conditions nécessaires à l'accompagnement des utilisateurs en matière de temps et de locaux;

4° participer de manière active et ouverte aux entretiens de sélection avec le service de ressources en logements;

5° garantir la coopération nécessaire avec les autres services et organismes en vue de transposer le programme de prestations individuel élaboré avec un utilisateur;

6° participer à des formations continues;

7° connaître et respecter le concept de politique des handicapés en Communauté germanophone et le concept pédagogique de ressources en logements;

8° accompagner les utilisateurs en suivant le «guide «Leitfaden zur Beratung»»;

9° respecter les mesures de sécurité prescrites par l'Office;

10° contracter une assurance incendie et en responsabilité civile couvrant tous les risques supplémentaires découlant des activités d'une ressource en logements;

11° signer le contrat mentionné au § 1^{er} du présent article.

§ 3. Si la ressource en logements sélectionnée ne remplit plus les conditions mises à sa sélection ou si une infraction grave aux dispositions contractuelles peut être prouvée dans son chef, le service de ressources en logement peut mettre fin à la collaboration avec elle en résiliant sans préavis le contrat mentionné au § 1 du présent article. Avant que le service de ressources en logements ne prenne cette décision, la ressource en logements a le droit d'être entendue par le pouvoir organisateur du service de ressources en logement concerné.

CHAPITRE IV. — Dispositions financières

Section Ier. — Indemnité forfaitaire accordée à la ressource en logements

Art. 6. § 1^{er}. L'indemnité forfaitaire sert à couvrir les frais d'entretien, d'éducation, d'accompagnement et d'alimentation d'un utilisateur.

§ 2. Pour chaque unité d'accompagnement complète au sens de l'article 4, §§ 3 et 4 du présent arrêté et selon la catégorie d'accompagnement et la nature de la ressource en logements, l'indemnité correspond aux montants suivants :

| Catégorie d'accompagnement | Nature de la ressource en logements | | |
|----------------------------|-------------------------------------|---------|---------|
| | Simple | Elargie | Externe |
| 0 = taux de base | 27,85 | 38,75 | 7,00 |
| 1 | 30,21 | 42,07 | 7,00 |
| 2 | 32,58 | 45,34 | 7,00 |
| 3 | 35,99 | 50,10 | 7,00 |
| 4 | 38,84 | 54,07 | 7,00 |

§ 3. Si, en cas d'accompagnement à temps plein ou de courte durée, l'accompagnement comprend plusieurs unités consécutives, la première n'est pas indemnisée. Ceci vaut également lorsque la dernière unité d'accompagnement n'est pas complète, au sens de l'article 4, § 3, 1°.

§ 4. Si l'accompagnement de courte durée est constitué d'une ou de plusieurs unités d'accompagnement complètes non consécutives, celles-ci sont indemnisées conformément au § 2 du présent article. S'il s'agit de demi-unités d'accompagnement au sens de l'article 4, § 3, 2°, du présent arrêté, les indemnités prévues au § 2 sont chaque fois réduites de moitié.

§ 5. Dans le cas d'un accompagnement à temps plein dans une ressource en logements simple ou élargie, les montants forfaitaires suivants sont déduits des indemnités fixées au § 2 du présent article lorsque l'utilisateur exerce une activité de jour en dehors de la ressource en logements :

- 1° 8,54 en cas de fréquentation d'un centre de jour;
- 2° 5,70 dans les autres cas.

Art. 7. § 1^{er}. Un maximum de 90 jours d'absence pour raison d'hospitalisation sont indemnisés, et ce exclusivement pour les utilisateurs d'une ressource en logements simple ou élargie accompagnés à temps plein.

§ 2. L'année civile sert de référence pour le calcul de l'indemnisation de ces jours d'absence. Pour les années civiles incomplètes, l'indemnisation est calculée proportionnellement.

§ 3. Le taux de base fixé à l'article 6, § 2, du présent arrêté est accordé pour les 15 premiers jours d'absence.

La moitié de ce taux de base est accordée pour les 15 jours d'absence suivants.

Un cinquième de ce taux de base est accordé pour les 60 autres jours d'absence.

§ 4. L'utilisateur supporte tous les frais liés à l'hospitalisation.

Art. 8. § 1^{er}. Toute ressource en logements simple ou élargie qui a accompagné au moins un utilisateur à temps plein pendant une année civile obtient l'année civile suivante, pour chaque mois presté au cours de l'année précédente, deux jours de congé par utilisateur accompagné à temps plein; le maximum est de 20 jours sans utilisateur accordés en semaine (du lundi au vendredi) et de 8 jours sans utilisateur accordés les week-ends (du samedi au dimanche). Seules les prestations fournies pendant un mois complet sont prises en compte pour calculer le nombre de jours de congé pouvant être accordés.

§ 2. Les 20 jours de congé sollicités en application du § 1^{er} du présent article sont, pour chaque utilisateur accompagné à temps plein, indemnisés au taux de base correspondant fixé à l'article 6, § 2, du présent arrêté. Les 8 jours de congé sollicités en application du § 1 du présent article sont quant à eux indemnisés au taux de base réduit de moitié.

§ 3. La ressource en logements qui encadre plusieurs utilisateurs doit prendre simultanément les jours de congé auxquels elle a droit en application du § 1 du présent article.

§ 4. Le service de ressources en logements calcule le nombre de jours de congé auxquels a droit chaque ressource en logements en application du § 1 du présent article. La programmation de ces congés s'opère en concertation avec le service de ressources en logements et doit être approuvée par celui-ci avant que les congés puissent être pris.

Les jours de congé supplémentaires pris les semaines ou week-ends sans utilisateurs ne sont pas indemnisés, doivent toutefois également être approuvés par le service de ressources en logements avant d'être pris.

§ 5. Les jours de congé, aucun accompagnement n'est assuré dans la ressource en logements qui bénéficie du congé.

Art. 9. § 1^{er}. Toute ressource en logements simple ou élargie peut organiser avec l'utilisateur des vacances d'une durée maximale de 20 jours par année civile.

§ 2. Pour chacun de ces jours de vacances, un montant de 10,34 par unité d'accompagnement est accordé en plus de l'indemnité mentionnée à l'article 6, § 2.

§ 3. Chacun de ces jours de vacances est considéré comme unité d'accompagnement complète au sens de l'article 4, § 3, 1°, du présent arrêté.

§ 4. Ces vacances ne peuvent être organisées qu'après concertation avec le service de ressources en logements et moyennant son accord.

Art. 10. § 1^{er}. Sans préjudice de l'article 11, la ressource en logements simple ou élargie reçoit une indemnité pour tous les jours d'absence pour d'autres motifs que ceux évoqués aux articles 7 à 9 du présent arrêté - sauf si elle a rompu elle-même le contrat ou en cas de départ de l'utilisateur - pour autant que le nombre de ces jours d'absence ne dépasse pas 96 au cours d'une année civile complète. Ces jours d'absence sont indemnisés au taux de base fixé à l'article 6, § 2, du présent arrêté, réduit de moitié.

Si la période d'accompagnement couvre moins d'une année civile, les 96 jours d'absence autorisés sont réduits proportionnellement.

§ 2. Tout jour d'absence au-delà du nombre fixé au § 1 du présent article est à charge de l'utilisateur, qui le rembourse au service de ressources en logement.

Art. 11. Lorsqu'une ressource en logements simple ou élargie agréée depuis au moins un an a accompagné à temps plein un utilisateur pendant au moins 6 mois, elle reçoit, pendant 30 jours suivant le départ de ce dernier, une indemnité compensatoire s'élevant à 50 % du taux de base mentionné à l'article 6, § 2, du présent arrêté, sauf en cas d'application de l'article 4, § 3 du présent arrêté.

Section II. — Participation personnelle de l'utilisateur et remboursement

Art. 12. § 1^{er}. La participation personnelle de l'utilisateur est fixée en application de l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 21 février 1996 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour handicapés.

§ 2. L'utilisateur paie sa participation personnelle au service de ressources en logements.

Art. 13. L'Office fixe les conditions auxquelles sont remboursés les frais sanitaires encourus par l'utilisateur. Sont pris en compte tant la participation personnelle légale de l'utilisateur que la nature et le montant des frais sanitaires.

Section III. — Indexation

Art. 14. Tous les montants cités dans le présent arrêté sont indexés en application de la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public. L'indice-pivot est basé sur l'indice santé base 1996 = 100.

Les montants cités dans le présent arrêté correspondent à la valeur de l'indice-pivot au 1^{er} septembre 2005, à savoir 116,15.

CHAPITRE V. — Dispositions finales

Art. 15. L'arrêté du Gouvernement du 5 juin 1998 relatif au placement de personnes handicapées dans des «ressources en logements» (Wohnressourcen) est abrogé.

Art. 16. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2006.

Art. 17. Le Ministre compétent en matière d'Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté. Eupen, le 13 juillet 2006.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2006 — 4138

[C — 2006/33088]

13 JULI 2006. — Besluit van de Regering betreffende de opname van gehandicapten in woonressources

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), gewijzigd bij de decreten van 29 juni 1998, 23 oktober 2000, 7 januari 2002, 18 maart 2002, 3 februari 2003, 16 december 2003 en 17 mei 2004;

Gelet op het besluit van de Regering van 5 juni 1998 betreffende de opname van gehandicapten in «woonressources»;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 8 februari 2006;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 6 februari 2006;

Gelet op het voorstel van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, geformuleerd op 26 november 2004;

Gelet op het advies van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, gegeven op 16 december 2005;

Gelet op het advies nr. 40.375/1 van de Raad van State, gegeven op 18 mei 2006 met toepassing van artikel 84, § 1, lid 1, 1^o, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Definities

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1^o Dienst : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap;

2^o dienst voor woonressources : een door de Dienst erkende dienst voor de inrichting, de selectie en de opvolging van de woonressources;

3^o woonressource : een natuurlijke persoon die, in het kader van een verdrag gesloten met de dienst voor woonressources, de gebruiker begeleiding, hulp en/of verblijf verleent en zijn autonomie en maatschappelijke integratie bevordert;

4^o gebruiker : een mentaal en/of fysisch gehandicapte persoon beneden 65 jaar die bij de Dienst ingeschreven is en die niet in de eerste graad verwant is met de woonressource noch met de onder hetzelfde dak als de woonressource wonende persoon.

HOOFDSTUK II. — *Erkenning en subsidiëring van de diensten voor woonressources*

Art. 2. § 1. Om als dienst voor woonressources werkzaam te zijn, moet deze vooraf door de Dienst worden erkend.

§ 2. Om als dienst voor woonressources erkend te worden, dient aan volgende voorwaarden te worden voldaan :

1° een v.z.w. als inrichtende macht hebben;

2° personeel tewerkstellen dat de vereiste socio-pedagogische competenties bezit (o.a. qua kwalificatie en samenstelling van de medewerkers van de dienst);

3° in de Duitstalige Gemeenschap de woonressources en de personen met een handicap in het Duits begeleiden;

4° elke dag bereikbaar zijn;

5° met andere diensten werkzaam op het gebied van de gehandicapten een nauwe samenwerking onderhouden;

6° qua inhoud, volgens de doelstellingen werken die opgenomen zijn in de handleiding van de Dienst «Leitfaden zur Beratung»;

7° kunnen bewijzen dat er aan alle fiscale en sociale verplichtingen wordt voldaan;

8° tegen beroepsrisico's en voor de burgerlijke aansprakelijkheid verzekerd zijn.

§ 3. Om erkend te worden, dient de aanvrager een schriftelijke aanvraag bij de Dienst in.

Volgende documenten worden bij de aanvraag gevoegd :

- een personeelslijst met inlichtingen over de kwalificaties;

- de statuten van de v.z.w.;

- het verzorgingsgebied;

- het concept inzake selectie en begeleiding van de woonressources.

§ 4. Bij goedkeuring van de aanvraag sluit de Dienst een conventie met de aanvrager af. Deze geldt, voor de duur van de conventie, als erkende dienst voor woonressources. In de conventie worden de rechten en plichten van de verdragspartijen, het bedrag van de toelage en de subsidiërings- en opzeggingsmodaliteiten vastgelegd.

De erkenning eindigt met het verstrijken van de conventie alsmede bij vervroegde opzegging ervan.

§ 5. De Dienst kan ook de prestaties van een dienst voor woonressources aanbieden en geldt in dit geval van rechtswege als erkend.

Art. 3. In het kader van de beschikbare begrotingsmiddelen en na verrekening van de in artikel 12 van dit besluit bedoelde persoonlijke participatie kunnen de erkende diensten voor woonressources een toelage voor de aanneembare kosten bij de Dienst aanvragen. De subsidiëringsmodaliteiten en het bedrag van de toelage worden overeenkomstig artikel 2, § 4, vastgelegd.

HOOFDSTUK III. — *Oprichtingen en selectie van de woonressources**Afdeling I. — Oprichtingen van de woonresource*

Art. 4. § 1. De woonresource heeft gewoonlijk als opdracht de gebruiker te begeleiden, hem bij de dagelijkse activiteiten te ondersteunen en/of verblijf te verlenen alsmede zijn autonomie en maatschappelijke integratie te bevorderen.

Bovendien heeft de woonresource, naargelang haar aard, de volgende opdrachten :

1° de eenvoudige woonresource : ze begeleidt gelijktijdig tot twee gebruikers en leeft met hen samen in één en dezelfde woning;

2° de uitgebreide woonresource : ze begeleidt gelijktijdig ten minste 3 en ten hoogste 4 gebruikers en leeft met hen samen in één en dezelfde woning;

3° de externe woonresource : ze begeleidt gelijktijdig tot 8 gebruikers die in hun eigen woning leven en alle levensonderhoudskosten zelf dragen;

§ 2. De gedetailleerde begeleidingsopdrachten worden vastgelegd in een overeenkomst afgesloten tussen de woonresource, de gebruiker en de dienst voor woonressources overeenkomstig de bepalingen van voorliggend besluit. Deze overeenkomst wordt voor ten hoogste één jaar afgesloten. De type-overeenkomst moet vooraf door de Dienst worden goedgekeurd.

De overeenkomst omvat ten minste :

1° een beschrijving van de rechten en plichten van alle partijen;

2° de bevestiging dat de voor de selectie van een woonresource gestelde voorwaarden vervuld zijn;

3° de aard van de woonresource, met toepassing van § 1 van dit artikel;

4° de begeleidingsvorm, met toepassing van de §§ 3 en 4 van dit artikel;

5° de begeleidingsintensiteit, met toepassing van § 5 van dit artikel;

6° de individuele behoeften van de gebruiker;

7° de modaliteiten m.b.t. het gebruik van het bedrag vermeld in artikel 5, § 2, van het besluit van de Regering van 21 februari 1996 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten, waarover de gebruiker vrij kan beschikken;

8° de persoonlijke participatie van de gebruiker, met toepassing van artikel 12 van dit besluit;

9° de tijdperken, de duur en de frequentie van de begeleiding alsmede de momenten waar de externe woonresource telefonisch kan worden bereikt;

10° indien de gebruiker een beroep doet op een externe woonresource, de bevestiging ervan dat hij een verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid en een brandverzekering is aangegaan;

11° de mogelijkheid voor elke verdragspartij de overeenkomst ofwel met inachtneming van een opzeggingstermijn van drie maanden ofwel, bij zware schuld in hoofde van de woonresource of van de gebruiker, zonder opzeggingstermijn op te zeggen;

12° zo nodig, een proefperiode die van 3 tot 6 maanden kan duren; tijdens deze proefperiode kunnen alle partijen de overeenkomst opzeggen mits inachtneming van een opzeggingstermijn van 7 dagen, onverminderd de in artikel 5, § 3, van dit besluit bedoelde opzegging zonder opzeggingstermijn.

§ 3. Aan de gebruiker van een eenvoudige of uitgebreide woonresource worden de twee volgende begeleidingsvormen aangeboden :

1° de voltijdse begeleiding : deze begeleiding omvat wekelijks ten minste 5 vergoede volledige begeleidingseenheden en jaarlijks in totaal 365 of 366 vergoede dagen en is slechts toegankelijk voor de gebruikers vanaf 18 jaar. Om als volledige begeleidingseenheid te gelden, moet de begeleiding om 0.00 uur beginnen en om 24 uur eindigen.

2° begeleiding van korte duur : elke begeleiding in een eenvoudige of uitgebreide woonresource die niet als voltijdse begeleiding kan worden gedefinieerd. Deze begeleidingsvorm is ook toegankelijk voor gebruikers beneden 18 jaar. Ze heeft ten doel de ouders en gezinsleden die een persoon met een handicap thuis begeleiden, te ontlasten of hen een begeleiding in noodsituaties aan te bieden. Deze begeleiding kan uit halve of volledige begeleidingseenheden bestaan; een halve begeleidingseenheid is een begeleiding van ten minste 5 uren.

§ 4. Bij een externe woonresource geldt het punctuele contact met de gebruiker op de in de overeenkomst vastgelegde ogenblikken als volledige begeleidingseenheid.

§ 5. De begeleidingsintensiteit bepaalt de begeleidingsgraad van een woonresource aan een gebruiker naargelang van zijn behoeften. De behoeften van een gebruiker worden door de dienst voor woonresources geraamd door middel van evaluatiehulpmiddelen. Naargelang de resultaten van de evaluatie wordt de gebruiker in één van de 5 mogelijke begeleidingscategorieën opgenomen. De evaluatiehulpmiddelen en de opname in een begeleidingscategorie moeten vooraf door de Dienst worden goedgekeurd.

Afdeling II. — Selectie van de woonresource

Art. 5. § 1. De woonresources worden door de dienst voor woonresources geselecteerd op basis van de selectiecriteria die in § 2 van dit artikel vermeld zijn. De selectie als woonresource voor één of meerdere gebruikers wordt door de sluiting van een overeenkomst tussen de woonresource en de dienst voor woonresources bekrachtigd. In de overeenkomst worden de rechten en plichten van beide verdragspartijen en de opzeggingsmodaliteiten opgenomen. De overeenkomst wordt voor een hernieuwbare periode van ten hoogste drie jaar afgesloten. De type-overeenkomst moet vooraf door de Dienst worden goedgekeurd.

§ 2. Om als woonresource te worden geselecteerd, dient aan de volgende basisvoorwaarden te worden voldaan :

1° de volle leeftijd van 21 jaar hebben bereikt;

2° een getuigschrift van goed zedelijk gedrag bezitten;

3° de voorwaarden aanbieden die qua tijd en lokalen noodzakelijk zijn voor de begeleiding van de gebruikers;

4° op een actieve en open wijze aan de selectiegesprekken met de dienst voor woonresources deelnemen;

5° voor de samenwerking met andere diensten en inrichtingen zorgen die noodzakelijk is met het oog op de omzetting van het met een gebruiker uitgewerkt individueel dienstverleningsprogramma;

6° aan voortgezette opleidingen deelnemen;

7° het concept van het gehandicaptenbeleid in de Duitstalige Gemeenschap en het pedagogisch concept van de woonrecources kennen en naleven;

8° de gebruikers begeleiden door de handleiding «Leitfaden zur Beratung» te volgen;

9° de door de Dienst voorgeschreven veiligheidsmaatregelen naleven;

10° een brandverzekering en een verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid aangaan die alle bijkomende risico's voortvloeiend uit de activiteiten van een woonresource dekt;

11° de in § 1 van dit artikel vermelde overeenkomst ondertekenen.

§ 3. Als de geselecteerde woonresource aan de voorwaarden opgelegd voor haar selectie niet meer voldoet of als een zware overtreding van de verdragsbepalingen in haar hoofde kan worden bewezen, dan kan de dienst voor woonresources een einde maken aan de samenwerking met deze woonresource door de in § 1 van dit artikel bedoelde overeenkomst zonder opzeggingstermijn op te zeggen. Voordat de dienst voor woonresources deze beslissing neemt, heeft de woonresource het recht door de inrichtende macht van de betrokken dienst voor woonresources gehoord te worden.

HOOFDSTUK IV. — Financiële bepalingen

Afdeling I. — Forfaitaire vergoeding toegekend aan de woonresource

Art. 6. § 1. De forfaitaire vergoeding dient om de onderhouds-, opvoedings-, begeleidings- en voedingskosten van een gebruiker te dekken.

§ 2. Voor elke volledige begeleidingseenheid in de zin van artikel 4, §§ 3 en 4 van dit besluit stemt de vergoeding, naargelang de begeleidingscategorie en de aard van de woonresource, met de volgende bedragen overeen :

| Begeleidingscategorie | Aard van de woonresource | | |
|-----------------------|--------------------------|-------------|---------|
| | Eenvoudige | Uitgebreide | Externe |
| 0 = basistarief | 27,85 | 38,75 | 7,00 |
| 1 | 30,21 | 42,07 | 7,00 |
| 2 | 32,58 | 45,34 | 7,00 |
| 3 | 35,99 | 50,10 | 7,00 |
| 4 | 38,84 | 54,07 | 7,00 |

§ 3. Bestaat de begeleiding, bij voltijdse begeleiding of bij begeleiding van korte duur, uit meerdere opéénvolgende begeleidingseenheden, dan wordt de eerste eenheid niet vergoed. Dit geldt ook, als de laatste begeleidingseenheid niet volledig is in de zin van artikel 4, § 3, 1°.

§ 4. Bestaat de begeleiding van korte duur uit één of meerdere niet opéénvolgende begeleidingseenheden, dan worden deze overeenkomstig § 2 van dit artikel vergoed. Gaat het om halve begeleidingseenheden in de zin van artikel 4, § 3, 2°, van dit besluit, dan worden de in § 2 bepaalde vergoedingen telkens gehalveerd.

§ 5. Bij voltijdse begeleiding in een eenvoudige of uitgebreide woonresource worden de volgende forfaitaire bedragen van de in § 2 van dit artikel vastgelegde vergoedingen afgetrokken, als de gebruiker dagwerk verricht buiten de woonresource :

1° 8,54 bij bezoek van een dagcentrum;

2° 5,70 in de andere gevallen.

Art. 7. § 1. Ten hoogste 90 afwezigheidsdagen wegens ziekenhuisverblijven worden vergoed, en dit uitsluitend voor voltijds begeleide gebruikers van een eenvoudige of uitgebreide woonresource.

§ 2. Om de vergoeding van deze afwezigheidsdagen te berekenen, geldt het kalenderjaar als referentieperiode. Voor onvolledige kalenderjaren wordt de vergoeding naar rato berekend.

§ 3. Voor de eerste veertien afwezigheidsdagen wordt het in artikel 6, § 2 van dit besluit vastgelegd basistarief toegekend.

Voor de volgende veertien dagen wordt de helft van het basistarief toegekend.

Voor de 60 overige afwezigheidsdagen wordt een vijfde ervan toegekend.

§ 4. Alle met de opname in een ziekenhuis gebonden kosten vallen ten laste van de gebruiker.

Art. 8. § 1. Elke eenvoudige of uitgebreide woonresource die tijdens een kalenderjaar ten minste een gebruiker voltijds begeleid heeft, verkrijgt het daaropvolgende jaar, voor elke maand gepresteerd tijdens het jaar vooraf, 2 verlofdagen per voltijds begeleide gebruiker; er mogen maximaal 20 verlofdagen zonder gebruiker in de week (van maandag tot zondag) en 8 dagen zonder gebruiker in het weekeind (van zaterdag tot zondag) worden toegekend. Voor de berekening van het toegestaan aantal verlofdagen, worden slechts de tijdens een volledige maand geleverde prestaties in aanmerking genomen.

§ 2. Voor de met toepassing van § 1 van dit artikel genomen 20 verlofdagen wordt per voltijds begeleide gebruiker het in artikel 6, § 2, van dit besluit vastgelegde basistarief toegekend. Voor de met toepassing van § 1 van dit artikel aangevraagde 8 verlofdagen wordt telkens de helft van het basistarief toegekend.

§ 3. De woonresource die meerdere gebruikers begeleidt, moet de verlofdagen die haar met toepassing van § 1 van dit artikel toekomen, gelijktijdig nemen.

§ 4. De dienst voor woonresources berekent, met toepassing van § 1 van dit artikel, het aantal verlofdagen waarop elke woonresource recht heeft. De overeenkomstige verlofprogrammatie geschiedt in overleg met de dienst voor woonresources en moet door hem goedgekeurd worden voordat de verloven worden genomen.

Bijkomende verlofdagen in het weekeind of in de week zonder gebruiker worden niet vergoed, moeten echter ook door de dienst voor woonresources worden goedgekeurd voordat ze kunnen worden genomen.

§ 5. Op verlofdagen wordt geen begeleiding gewaarborgd in de woonresource die het verlof geniet.

Art. 9. § 1. Elke eenvoudige of uitgebreide woonresource kan met de gebruiker een vakantie van ten hoogste 20 dagen per kalenderjaar organiseren.

§ 2. Voor elke van deze vakantiedagen wordt, naast de in artikel 6, § 2, vermelde vergoeding, een bedrag van 10,34 per begeleidingseenheid toegekend.

§ 3. Elke van deze vakantiedagen geldt als volledige begeleidingseenheid in de zin van artikel 4, § 3, 1°, van dit besluit.

§ 4. Deze vakantie mag slechts na overleg met de dienst voor woonresources georganiseerd worden, en op voorwaarde dat hij erin toestemt.

Art. 10. § 1. Onverminderd artikel 11 verkrijgt de eenvoudige of uitgebreide woonresource een vergoeding voor alle afwezigheidsdagen om andere redenen dan die vermeld in de artikelen 7 tot 9 van dit besluit, behalve als zij de overeenkomst heeft opgezegd of bij vertrek van de gebruiker en op voorwaarde dat het aantal afwezigheidsdagen niet hoger ligt dan 96 voor een volledig kalenderjaar. Voor deze afwezigheidsdagen wordt de helft van het basistarief vastgelegd in artikel 6, § 2, van dit besluit toegekend.

Dekt de begeleidingsperiode minder dan één kalenderjaar, dan worden de 96 toegelaten afwezigheidsdagen evenredig verminderd.

§ 2. Elke afwezigheidsdag waarmee het in § 1 van dit artikel vastgelegd aantal wordt overschreden, valt ten laste van de gebruiker die deze dag aan de dienst voor woonressources terugbetaalt.

Art. 11. Als een sinds ten minste één jaar erkende eenvoudige of uitgebreide woonresource een gebruiker tijdens ten minste 6 maanden voltijds begeleid heeft, verkrijgt ze tijdens 30 dagen na het vertrek van de gebruiker een compenserende vergoeding ten belope van 50 % van het in artikel 6, § 2, van dit besluit vermeld basistarief, behalve bij toepassing van artikel 4, § 3, van dit besluit.

Afdeling II. — Persoonlijke participatie van de gebruiker en terugbetaling

Art. 12. § 1. De persoonlijke participatie van de gebruiker wordt vastgelegd met toepassing van artikel 5 van het besluit van de Regering van 21 februari 1996 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten.

§ 2. De gebruiker betaalt de persoonlijke participatie aan de dienst voor woonressources.

Art. 13. De Dienst bepaalt de voorwaarden waaronder de door de gebruiker aangegane gezondheidskosten worden terugbetaald. Zowel de wettelijke persoonlijke participatie als de aard en het bedrag van de gezondheidskosten worden in aanmerking genomen.

Afdeling III. — Indexering

Art. 14. Alle in dit besluit vermelde bedragen worden geïndexeerd met toepassing van de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld.

Het spilindexcijfer is gebaseerd op het basisindexcijfer der consumptieprijzen basis 1996 = 100.

De in dit besluit vermelde bedragen stemmen overeen met de waarde van het spilindexcijfer op 1 september 2005, t.w. 116,15.

HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen

Art. 15. Het besluit van de Regering van 5 juni 1998 betreffende de opname van gehandicapten in «woonressources» wordt opgeheven.

Art. 16. Dit besluit heeft uitwerking op 1 januari 2006.

Art. 17. De Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 13 juli 2006.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme
B. GENTGES

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2006 — 4139

[2006/203317]

7 JUILLET 2006. — Arrêté ministériel relatif aux obligations en matière de jachères en cas d'application du régime de paiement unique visé par l'arrêté du Gouvernement wallon du 23 février 2006 mettant en place les régimes de soutien direct dans le cadre de la politique agricole commune

Le Ministre de l'Agriculture, de la Ruralité, de l'Environnement et du Tourisme,

Vu la loi du 28 mars 1975 relative au commerce des produits de l'agriculture, de l'horticulture et de la pêche maritime, notamment l'article 3, paragraphe 1^{er}, point 1^o, modifiée en dernier lieu par l'arrêté royal du 22 février 2001;

Vu le Règlement (CE) n° 1258/1999 du Conseil du 17 mai 1999 relatif au financement de la politique agricole commune;

Vu le Règlement (CE) n° 1782/2003 du Conseil du 29 septembre 2003 établissant des règles communes pour les régimes de soutien direct dans le cadre de la politique agricole commune et établissant certains régimes de soutien en faveur des agriculteurs et modifiant les Règlements (CEE) n° 2019/93, (CE) n° 1452/2001, (CE) n° 1453/2001, (CE) n° 1454/2001, (CE) n° 1868/94, (CE) n° 1251/1999, (CE) n° 1254/1999, (CE) n° 1673/2000, (CEE) n° 2358/71 et (CE) n° 2529/2001, modifié en dernier lieu par le Règlement (CE) n° 319/2006 de la Commission du 20 février 2006;

Vu le Règlement (CE) n° 795/2004 de la Commission du 21 avril 2004 portant modalités d'application du régime de paiement unique prévu par le Règlement (CE) n° 1782/2003 du Conseil établissant des règles communes pour les régimes de soutien direct dans le cadre de la politique agricole commune et établissant certains régimes de soutien en faveur des agriculteurs, modifié en dernier lieu par le Règlement (CE) n° 2183/2005 de la Commission du 22 décembre 2005;

Vu le Règlement (CE) n° 796/2004 de la Commission du 21 avril 2004 portant modalités d'application de la conditionnalité, de la modulation et du système intégré de gestion et de contrôle prévus par le Règlement (CE) n° 1782/2003 du Conseil du 29 septembre 2003 établissant des règles communes pour les régimes de soutien direct dans le cadre de la politique agricole commune et établissant certains régimes de soutien en faveur des agriculteurs, modifié en dernier lieu par le Règlement (CE) n° 489/2006 de la Commission du 24 mars 2006;

Vu le Règlement (CE) n° 1973/2004 de la Commission du 29 octobre 2004 portant modalités d'application du Règlement (CE) n° 1782/2003 du Conseil en ce qui concerne les régimes d'aides prévus aux titres IV et IVbis dudit Règlement et l'utilisation de terres mises en jachère pour la production de matières premières, modifié en dernier lieu par le Règlement (CE) n° 263/2006 de la Commission du 15 février 2006;